

„Wie steht der christliche Glaube zum Rechtsextremismus – Zum Umgang einer bekennenden evangelischen Kirche mit politisch radikalen Tendenzen“

Dr. Dr.h.c. Markus Dröge, Vortrag 12.4.2024, Recklinghausen

I.

Es ist zehn Jahre her – damals war ich, als gelernter Westler, seit fünf Jahren im Bischofsamt der EKBO – als das Thema des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Brandenburg aktuell wurde. Rechte Aufmärsche; Gebäude, die für Geflüchtete hergerichtet waren, wurden angezündet; es gab Anfeindungen gegen Ehrenamtliche, die sich in der Hilfe für Geflüchtete engagierten. Die Bürgerschaft begann sich zu spalten in diejenigen, die an einer menschenfreundlichen Willkommenskultur festhielten und denen, die sich anstecken ließen von menschenfeindlichen Parolen.

Wenn ich damals als Gast in westdeutschen Kirchen zum Vortrag eingeladen wurde, fühlte ich mich ein wenig wie ein Exot: Mit Interesse wurde mir zugehört. Aber ich spürte, dass meine Berichte weit weg waren von dem, was Menschen im Rheinland und in Hessen, in Bayern und in Württemberg erlebten. Die Entwicklungen in den östlichen Bundesländern wurden nicht als eine ernsthafte Gefahr für unser Land wahrgenommen. Und dass unsere Demokratie gefährdet sei, erschien als dramatisierende Übertreibung.

Heute sieht dies anders aus: Die AfD hat sich erstens radikalisiert. Sie muss in wesentlichen Teilen als „rechtsextrem“ eingestuft werden. Und sie hat zweitens wesentlich an Zustimmung gewonnen. Bei den vor uns liegenden Landtags- und Europawahlen wird mit schwierigen Ergebnissen gerechnet. Die Stimmung und die Machtverhältnisse sowohl im Europa-Parlament als auch in einigen Landesparlamenten könnten sich stark verändern.

Gottlob erwacht aber auch der Geist des Widerstandes gegen diese Entwicklung: Nachdem der Verfassungsschutz eine glaubwürdige Leitung bekommen hat; nachdem die Öffentlichkeit durch das entlarvende Treffen in Potsdam endlich

mitbekommen hat, was in der AfD unter dem Radar wirklich gedacht und geplant wird; nachdem nun die großen Kirchen und auch andere Religionsgemeinschaften den Mut zu einer klaren inhaltlichen Abgrenzung gefunden haben; nachdem viele Menschen auf die Straße gehen, um für ihre demokratische Überzeugung zu demonstrieren; und nachdem nun auch Wirtschaftsvertreter öffentlich Stellung beziehen (ich denke an den Seniorchef Reinhold Würth, der seinen 25.000 Beschäftigten einen Brief geschrieben hat und sie aufruft, sich für die Demokratie einzusetzen, oder an den Verband der Familienunternehmen, der gerade eine Stellungnahme herausgebracht hat) – nachdem all dies geschieht, besteht die berechtigte Hoffnung, dass unsere Demokratie wirklich ihre Rolle als wehrhafte Demokratie findet und damit die Kraft aufbringt, sich wirkungsvoll gegen die Ideologien zu verteidigen, die unser freiheitliches Gesellschaftssystem von innen heraus zerstören wollen, um eine autoritäre Regierungsform durchzusetzen. Es ist auch höchste Zeit! Allein die Tatsache, dass eine große Anzahl von rechtsextremen Personen durch AfD-Abgeordnete im Bundestag tätig sind, und damit Zugang zu Informationen haben, mit denen sie schweren Schaden anrichten können, macht diese akute Gefahr deutlich.

II.

Ich denke als Theologe nicht zuerst machtpolitisch, sondern zuerst ideengeschichtlich. Welche Ideologie wird eigentlich von der neuen Rechten vertreten? Was ist das für eine geistige Welt, die sich da bei uns breitmachen will? Und was haben wir als Christinnen und Christen dazu zu sagen? Ideen sind stark. Denn mit Ideen gewinnt man die Menschen. Und Ideen, die sich durchsetzen, können zu Mehrheiten werden und können dann zu Machtfaktoren in unserer Demokratie werden.

Schaut man genauer in die Gedankenwelt der AfD, wird sehr schnell deutlich: Der Kontrast zwischen dem, was im Umfeld der AfD vertreten wird und dem, wofür der christliche Glaube steht, kann größer nicht sein. Ich nenne Beispiele:

- Christen haben in unserem Land durch die Geschichte des Kirchenkampfes in den 1930er Jahren gelernt, dass eine völkische Ideologie der Gottebenbildlichkeit aller Menschen zutiefst widerspricht und den Keim nationalistischer Gewalt in sich birgt. Sie stehen deshalb mit guten Gründen zu unserem Grundgesetz, das auf der gleiche Würde aller Menschen aufbaut. Die neue Rechte aber vertritt inzwischen ungeschminkt wieder neu die völkische Ideologie. Die Christen in der AfD sagen heute (und zwar in ihrer aktuellen Erwiderung auf den Abgrenzungsbeschluss der katholischen Deutschen Bischofskonferenz):

"Von der Existenz unterschiedlicher, voneinander getrennter Völker als Abstammungs- und Blutsgemeinschaft ...geht ... der christliche Schöpfergott der Bibel als dessen Schöpfung aus."

Wer nur ein wenig die Kirchengeschichte der 1930er Jahre gelernt hat, weiß, dass dies ganz nah an dem ist, was die Nazi-Christen, die sog. „Deutschen Christen“ damals vertreten haben und später dann die Apartheidstheologen in Südafrika. Theologisch ist dies nicht haltbar, und war es noch nie. Man muss Ross und Reiter nennen: Was die Christen in der AfD heute vertreten ist blanker, theologisch überhöhter Rassismus!

- Ein anderes Beispiel ist die Religionsfreiheit: Die Ideologie der AfD, nachlesbar in deren Parteiprogramm, will die Religionsfreiheit der muslimischen Mitbürger einschränken – von den Deportationsfantasien ganz zu schweigen. Wir als Christinnen und Christen haben aber gelernt, dass die Zukunft einer friedlichen Welt auch vom Frieden der Religionen abhängen wird. Und die verantwortlichen Vertreter des Islam sehen dies nicht anders.

Ich hatte die Chance im Jahr 2019 an dem großen Interreligiösen Treffen in Abu Dhabi teilzunehmen, bei dem Großimam Al Tayeb aus Kairo und Papst Franziskus die Erklärung „Human Fraternity“ unterschrieben haben, ein Bekenntnis zur gleichen Würde aller Menschen, religiös aus christlicher und muslimischer Tradition begründet.

Was die Christen in der AfD vertreten ist also ein kultureller Rückschritt in der Entwicklungsgeschichte der Religionen. Dass der Weg zum Frieden

zwischen den Religionen noch weit und steinig ist, angesichts von Radikalisierung und Fundamentalismus im Bereich der Religionen weltweit, das ist klar. Aber man findet keine Lösungen, in dem man den einzig möglichen *friedlichen* Weg aufgibt und andere Religionen aus der Religionsfreiheit ausschließt.

- Ein anderes Beispiel ist die Haltung zu Europa: Die AfD will aus dem Friedensprojekt Europa aussteigen. Die Christen Europas aber haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg auf einen Weg der Versöhnung gemacht, der das politische Zusammenwachsen Europas unterstützt. Ich erinnere nur an die *Charta Oecumenica* aus dem Jahr 2002, wo die Ökumenische Christenheit Europas diesen Weg der Versöhnung einmütig formuliert hat oder an Bewegungen wie die Nagelkreuzgemeinschaften von Coventry.
- Und schließlich das Thema Wahrhaftigkeit: Die AfD vertritt strategische Programme, die sich schamlos für die Verzerrung von sachlichen Diskursen in der Öffentlichen Diskussion einsetzen. Provokation und die Verdrehung der Wahrheit werden zur Methode gemacht. Dies ist nachzulesen in dem „AfD-Manifest für das Wahljahr 2017. Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben.“ Christen aber stehen für die Glaubwürdigkeit des Wortes.

Wenn wir Christen uns für eine wehrhafte Demokratie einsetzen, dann tun wir dies also nicht, weil wir Parteipolitik betreiben, sondern weil wir die humanen Werte verteidigen, die allein die Würde des Menschen bewahren können, und weil wir eine Lerngeschichte zu verteidigen haben, die unsere Kirche und unsere Gesellschaft seit 1945 erlebt hat. Es geht um die Grundlagen unseres Bekenntnisses und die Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft. Um nichts weniger.

III.

Was ist in dieser Situation die Verantwortung der Kirche und jedes einzelnen Christenmenschen?

Als erstes gilt es, der geistigen Situation klar ins Auge zu schauen. Ideengeschichtlich gibt es keine Gemeinsamkeiten zwischen dem rechtsextremistischen Gedankengut der AfD und dem christlichen Glauben. So verständlich die Sehnsucht nach Harmonie auch ist: Wir müssen um der Wahrhaftigkeit willen die Dinge beim Namen nennen. Die katholischen Bischöfe unseres Landes haben dies dankenswerter Weise gerade in großer Einstimmigkeit und Klarheit getan. Sie haben am 22. Februar erklärt:

Für die Kirche ... ist klar: Jeder Mensch besitzt eine unantastbare und unverfügbare Würde. Sie gründet in der Gottebenbildlichkeit aller Menschen und ist die Basis der Menschenrechte. ... Dieses Denken hat auch in unserer Verfassung seinen Niederschlag gefunden. In scharfer Abgrenzung zum Nationalsozialismus und zur Neuen Rechten bekennt sich das Grundgesetz ausdrücklich zur fundamentalen ... Bedeutung der Menschenwürde.

(Inzwischen) dominiert ... vor allem in der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine völkisch-nationalistische Gesinnung. Die AfD changiert zwischen einem echten Rechtsextremismus, den der Verfassungsschutz einigen Landesverbänden und der Jugendorganisation der Partei attestiert, und einem Rechtspopulismus, der weniger radikal und grundsätzlich daherkommt. Der Rechtspopulismus ist der schillernde Rand des Rechtsextremismus, von dem er ideologisch aufgeladen wird. In beiden Fällen wird stereotypen Ressentiments freie Bahn verschafft: gegen Geflüchtete und Migranten, gegen Muslime, gegen die vermeintliche Verschwörung der sogenannten globalen Eliten, immer stärker auch wieder gegen Jüdinnen und Juden.

Wir sagen mit aller Klarheit: Völkischer Nationalismus ist mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar. Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können für Christinnen und Christen daher kein Ort ihrer politischen Betätigung sein und sind auch nicht wählbar.

Der Kontrast zwischen christlichem Glauben und AfD-Ideologie könnte also größer nicht sein!

IV.

Wie aber gehen wir nun damit um, in einer solchen Situation zu leben? Wir müssen zunächst nüchtern sehen, dass Funktionäre der AfD nicht gewillt, einen sachlichen, kompromissbereiten Diskurs einzugehen. Sie wollen provozieren, sachliche Argumente lächerlich machen, niedere Instinkte ansprechen und dadurch den sachlichen Gegner zu Unsachlichkeit verführen. Sie wollen damit agitieren und Aufmerksamkeit erlangen.

Rechtsextreme Funktionäre können deshalb keine öffentlichen Gesprächspartner für uns sein. Sie werden ein öffentliches Gespräch entweder dazu nutzen, sich bürgerlich zu geben. Dann verzichten sie auf Provokationen, um die Chance zu nutzen, sich als Person im bürgerlichen Milieu vorzeigbar zu machen. Oder aber sie werden das Podium nutzen, um ihre menschenverachtenden Thesen zu platzieren und diese Hass-Positionen nach und nach gesellschaftsfähig zu machen. Sie sind festgelegte Ideologen, die kaum bekehrbar sind, weil sie ja von der Rolle, die sie spielen, leben. Es ist sozusagen ihr Geschäftsmodell.

Anders ist es im Gespräch mit potentiellen oder tatsächlichen Wählerinnen und Wähler der AfD oder mit Menschen, die verunsichert sind, weil die Negativ-Szenarien der Scharfmacher sie besorgt machen oder weil sie glauben, dass bestimmte Themen in unserer Gesellschaft nicht offen diskutiert werden, wie zum Beispiel: „Können wir die Belastungen auf Dauer tragen, die durch die Integration vieler Menschen anderer Kultur entstehen? Und wenn ja, wie?“ Es gibt ja tatsächlich viele ernstzunehmende Fragen, um deren Lösungen sich unsere Gesellschaft noch bemühen muss. Hier gilt es, in die sachliche Auseinandersetzung mit den Positionen der AfD einzusteigen. Was würde es denn bedeuten, wenn die AfD in unserem Land mehr Macht gewinnen würde? Jetzt allmählich erst fangen auch Fachleute, Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter, Gewerkschaften und andere gesellschaftlichen Repräsentanten an, sich dieser sachlichen Auseinandersetzung zu stellen. Ich nenne nur Beispiele:

- Nehmen Sie etwa die Agrardiesel-Subventionen. In ihrem Programm schreibt die AfD, dass sie Subventionen generell ablehnt, das hindert sie aber nicht, öffentliche Gelder für die Landwirtschaft zu fordern.
- Die sozialpolitischen Forderungen der AfD, so haben Fachleute analysiert, würden Arme ärmer machen und Reiche reicher.
- Der bereits genannte Verband der Familienunternehmen ist in seiner Analyse zu dem Ergebnis gekommen, dass die wirtschaftspolitischen Forderungen der AfD dazu führen würden, dass Millionen von Arbeits- und Ausbildungsstellen gefährdet würden. Die Kindertagesstätten-Politik würde den Erfolg der Integration von Frauen in die Arbeitswelt rückgängig machen. Die internationale Abschottungspolitik würde der Exportnation Deutschland „das Rückgrat brechen“.

Wer von den sogenannten Protestwählern weiß dies alles und würde es unterstützen? Diese und die vielen anderen Widersprüche müssen neben der klaren ethischen Abgrenzung jetzt endlich in der öffentlichen Diskussion aufgedeckt werden.

In alledem dürfen wir als Christenmenschen natürlich nicht unsere eigene Ethik der Menschenwürde verraten. Wir müssen in guter christlicher Tradition zwischen Person und Werk unterscheiden, das heißt konkret: unterscheiden zwischen dem Gegenüber als Mensch und als Vertreter einer verheerenden inhaltlichen Position. Auch wenn der Gegner mich unsachlich angreift und mit persönlicher Diffamierung arbeitet, muss ich mich als Christ bemühen, mich nicht auf dieses Niveau herabzulassen. Ich muss versuchen nach Möglichkeit sachlich zu bleiben. Das ist nicht einfach, aber notwendig. Denn nach unserem geistlichen Verständnis geht es nicht um einen persönlichen Machtkampf, sondern um eine geistliche Auseinandersetzung, die nur dann erfolgreich ist, wenn sie ohne Herabwürdigung der Person gelingt.

V.

Kirche mit Haltung! Wir müssen innerhalb unserer Gesellschaft, die sich hoffentlich jetzt in zunehmendem Maße als wehrhafte Demokratie zeigt und auch so handelt, als Kirche Haltung zeigen:

Erstens müssen wir selbst, aber besonders unsere Kirchenleitungen sehr deutlich öffentlich Stellung nehmen. Dazu verpflichtet uns unser Bekenntnis. Besonders wichtig dabei ist die Barmer Theologische Erklärung, jener Bekenntnistext der bekennenden Kirche der 1930er Jahre, mit dem die bekennnistreuen Christen sich im Jahr 1934 gegen die Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus und damit auch gegen die sogenannten "Deutschen Christen" gewehrt haben. In der fünften These heißt es dort, es sei die Pflicht der Kirche "die Regierenden und Regierten" an "Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit" zu erinnern. Heute heißt dies: Wenn eine Partei die Menschenwürde und die Werte des Grundgesetzes nicht achtet, sich anschickt, unsere Demokratie zu unterwandern, dann muss Kirche das anmahnen. Kirche soll zwar keine Politik machen, aber sie muss menschenwürdige Politik möglich machen. Und das bedeutet heute, klar Stellung zu beziehen.

Zweitens müssen in den Gemeinden, in den Akademien, in der Fortbildung von Mitarbeitenden möglichst viele Veranstaltungen angeboten werden, in denen die christliche Ethik gerade jetzt stark gemacht wird. Wir müssen Orte der sachlichen Diskussion anbieten, an denen zwischen Wahrheit und Lüge, Stimmungsmache und sachlicher Analyse, zwischen Hass und Menschenfreundlichkeit unterschieden wird. Wir leben in keinen einfachen Zeiten. Aber die Zukunft gewinnen werden wir nur, wenn wir unsere demokratische Kultur erhalten und gemeinsam nach Lösungen für die Probleme unseres Landes suchen, und zwar nach menschenwürdigen Lösungen.

VI.

Zum Schluss: Es gibt ein ganz einfaches Mittel, unsere Demokratie zu verteidigen. Es muss einfach jeder, der demokratisch gesonnen ist, zur Wahl gehen, und

eine der Parteien wählen, die zweifelsfrei auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht. Dann ist die Gefährdung unserer Demokratie schnell und wirkungsvoll gebannt. Denn dann können die Populisten nicht mehr fälschlicherweise behaupten, sie würden den wahren Volkswillen vertreten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!